

## **Die US-Außenpolitik und das Ende der deutschen Teilung: Eine Fallstudie zur Demokratisierung**

### **Die Hauptfragen**

Welche Rolle spielte die US-Außenpolitik, als die Teilung Deutschlands 1989/90 endete und die ehemalige Diktatur in seinem östlichen Teil schnellen Schrittes demokratisiert wurde? Die Antwort auf diese Frage beeinflusst nicht nur unser Bild des Kalten Krieges, sondern auch das von aktuelleren Ereignissen. Wie George W. Bush in seiner zweiten Antrittsrede als US-Präsident erklärte, strebt »die Politik der Vereinigten Staaten [...] das Wachstum demokratischer Bewegungen und Institutionen in jeder Nation und Kultur an und unterstützt es, mit dem langfristigen Ziel, jegliche Gewaltherrschaft in unserer Welt zu beenden«.<sup>1</sup> Die politischen Entscheidungsträger des Landes scheinen dabei den (ehemals) von den USA besetzten Ländern exemplarische Bedeutung zuzuschreiben. Ein ehemaliges Mitglied von Bushs National Security Council [Nationaler Sicherheitsrat, NSC] berichtet, die amerikanische Regierung habe dementsprechend die Besatzung Deutschlands in Hinsicht darauf in den Blick genommen, ob man daraus »historische Lehren« ziehen könne, die sich auf den Irak anwenden ließen.<sup>2</sup>

---

1 Die Autorin möchte den Institutionen und Personen danken, die sie bei der Vorbereitung dieses Artikels unterstützt haben. Gefördert wurde dieser Beitrag von der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn; dem Institute for Advanced Study, Princeton; dem National Endowment for the Humanities, Washington DC; dem St. John's College, Cambridge und der University of Southern California, Los Angeles. Einige Personen erfahren in einzelnen Fußnoten Berücksichtigung, aber denjenigen, die mich beim Verfassen des gesamten Texts unterstützt haben, soll an dieser Stelle gedankt werden. Übersetzungen wurden von der Autorin selbst vorgenommen, die jedoch Elena Lorenz und Mariya Grinberg für ihre Hilfe bei den russischsprachigen Dokumenten dankbar ist. Svetlana Savranskaya und andere Mitarbeiter des National Security Archive waren eine große Hilfe beim Auffinden von Dokumenten, ebenso Mark Kramer von der Harvard University und Andreas Rödder von der Universität Mainz. Schließlich dankt die Autorin Ulrich Mählert für die Einladung zur Veröffentlichung dieses Essays und Diana Jahn für die Übersetzung. Der vollständige Text der zweiten Antrittsrede, die am 20. Januar 2005 gehalten wurde, findet sich unter [www.whitehouse.gov/news/releases/2005](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005). John Lewis Gaddis ist der Auffassung, dass »die Förderung der Demokratie für die Amerikaner und ihre westeuropäischen Verbündeten zum sichtbarsten Mittel wurde, um sich von ihren Gegnern zu unterscheiden«. John Lewis Gaddis: *The Cold War*, London 2006, S. 225. (Dt. Ausg.: *Der Kalte Krieg: Eine neue Geschichte*, München 2007).

2 E-Mail an die Autorin vom 24. Juni 2007.

Wie der Journalist David Rieff in der *New York Times* schrieb, hat die Bush-Regierung »mehrfach ihrem Vertrauen Ausdruck verliehen, dass die amerikanische Mission im Irak letztlich Erfolg haben wird, so wie die Besatzung [...] Deutschlands [...] und die Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Kommunismus«. Rieff widerspricht dieser Argumentation, weil er die Parallele zwischen Kommunismus und religiösem Extremismus für falsch hält. Seiner Ansicht nach haben ranghohe Regierungsvertreter »anscheinend die Schwierigkeiten nicht im Griff, die ein Krieg der Ideen gegen die Vertreter einer grundlegend fremden Weltanschauung mit sich bringt«. <sup>3</sup> Obgleich Rieff zu Recht die Unterschiede zwischen atheistischen kommunistischen Führern zu Zeiten des Kalten Krieges und den heutigen religiös motivierten, nicht staatengebundenen Akteuren betont, stellt sich eine grundlegendere Frage. Bevor man diskutiert, ob die »Demokratisierung des geteilten Deutschland durch die USA« für die arabische Welt Relevanz besitzt, muss man fragen: Fand sie überhaupt statt? Die Besatzung der Westzonen in den Vierziger- und Fünfzigerjahren trug fraglos zu deren Demokratisierung bei, und die starken wirtschaftlichen und militärischen Bande zwischen Westdeutschland und seinen westlichen Partnern förderten den Aufbau eines starken, gesunden Staates. Aber war die US-Außenpolitik auch für die Demokratisierung Ostdeutschlands verantwortlich?

Da die George H. W. Bush Presidential Library im texanischen College Station inzwischen begonnen hat, Dokumente aus dieser Phase freizugeben, kann nun mit der geschichtswissenschaftlichen Analyse dieser Thematik begonnen werden. Das National Security Archive (NSA) der Vereinigten Staaten hat ebenfalls eine Reihe von Dokumenten öffentlich zugänglich gemacht. Darüber hinaus ist es möglich, diese Materialien in einen internationalen Zusammenhang zu stellen. Michail Gorbatschow veröffentlichte 2006 Hunderte von russischen Dokumenten aus dieser Ära (und hatte bereits davor unter anderem dem NSA und dem westdeutschen Wissenschaftler Alexander von Plato gestattet, einige davon einzusehen). Gorbatschow folgte dem Beispiel Helmut Kohls, der 1998 Akten des Kanzleramts freigegeben hatte. <sup>4</sup> Zahlreiche Mitgliedsstaaten des ehemaligen Warschauer Pakts öffneten kurz nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Archive. Selbst einige britische und französische Akten sind zugänglich, allerdings bisher nur für wenige Auserwählte. <sup>5</sup> Zudem

3 David Rieff: *Their Hearts and Minds?*, in: *The New York Times* vom 4. September 2005; Hervorhebung durch die Autorin. Rieff hat auch eine Monografie zu diesem Thema verfasst: *At the Point of a Gun: Democratic Dreams and Armed Intervention*, New York 2005.

4 Die Dokumente des Kanzleramts sind erschienen in: Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hoffmann (Hg.): *Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München 1998 (im Folgenden: DESE). Gorbatschow publizierte seine Akten aus dem gleichen Zeitraum in: Михаил Горбачев и германский вопрос [Michail Gorbatschow und die deutsche Frage], Moskau 2006. Alexander von Plato, der offenbar einen Großteil der Dokumente eingesehen hat, veröffentlichte ausführliche Zitate in: Alexander von Plato: *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002.

5 Das britische Außenministerium plant, 2009 oder 2010 einen dem DESE vergleichbaren Dokumentenband zu veröffentlichen. Französische Dokumente wurden von dem französischen Wissenschaftler Frédéric Bozo eingesehen, er analysiert sie in: *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande: De Yalta à Maastricht*, Paris 2005. Siehe auch: Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey/N. Piers Ludlow/Leopoldo Nuti (Hg.): *Europe and the End of the Cold War*, London 2008.

ist die Erinnerungsliteratur über diese Periode sowohl umfangreich als auch überraschend akkurat beim Zitieren von Primärdokumenten (soweit sich das überprüfen lässt).<sup>6</sup> Diese Materialien genügen für eine erste Analyse; weiterführenden Fragen, die sich daraus sicher ergeben, kann dann nachgegangen werden, sobald mehr amerikanische Dokumente verfügbar werden.

Dieser Beitrag wird untersuchen, wie entscheidend die Rolle der US-Außenpolitik im Zeitraum 1989/90 war. Zuvor soll jedoch betont werden, dass die Autorin mit der Schwerpunktlegung auf das Kurzfristige (*the short-term*) die Bedeutung des Langfristigen (*the long-term*) nicht in Abrede stellen möchte. Ohne Frage wird man dem eng gewobenen geschichtlichen Gefüge nicht gerecht, wenn man ein kleines Stück herausreißt und unter dem Mikroskop betrachtet. Die Vereinigung Deutschlands 1990 war eindeutig das Ergebnis eines Zusammenspiels von Entwicklungen, die Jahrzehnte oder länger zurückreichen. Die Art und Weise, wie der Zweite Weltkrieg beendet wurde, und der sich anschließend rasch entwickelnde Konflikt der Supermächte waren dabei von großer Bedeutung. Auch die sich in Westdeutschland von den Fünfziger- bis in die Siebzigerjahre langsam entfaltenden konkurrierenden Strategien gegenüber der Teilung – ob man sich eher am Westen oder am Osten orientieren sollte oder aber beides verbinden könnte – spielten eine Rolle.<sup>7</sup> Das Auftauchen Gorbatschows und seine Weigerung, Mitte der Achtzigerjahre Truppen in das geteilte Europa zu entsenden, waren ebenfalls entscheidende Faktoren. Das nachstehend Dargelegte beabsichtigt in keiner Weise, die Bedeutung des historischen Kontexts zu leugnen. Doch selbst wenn man die Langzeitfaktoren gebührend berücksichtigt, darf man nicht vergessen, wie kurzfristig und unvorhersehbar einige der beteiligten Faktoren wirkten.

Der Blick auf das Kurzfristige ermöglicht uns, eine Reihe von Ereignissen zu untersuchen, die sowohl für sich bedeutend als auch bis heute relevant sind. Die Schnelligkeit, mit der sich das ostdeutsche Endspiel vollzog, mag die jüngste Bush-Regierung fälschlicherweise glauben gemacht haben, dass ein ähnlich rascher Erfolg in Afghanistan und im Irak erzielt werden könne. Viele der Hauptakteure aus der letzten Phase des Kalten Krieges waren in der zweiten Bush-Regierung wieder vertreten, und es ist anzunehmen, dass sie sich bei der Formulierung ihrer Pläne nach dem 11. September auf ihre Erfahrungen während des schnellen Zusammenbruchs Osteuropas stützten (dies wird einer der ersten Sachverhalte sein, die es zu überprüfen gilt, sobald die gerade vergangene US-amerikanische Regierung betreffenden Quellen zugänglich sind).

---

6 Über die Stärken autobiografischer Materialien informiert Andreas Rödder: Zeitgeschichte als Herausforderung: Die deutsche Einheit, in: Historische Zeitschrift 270 (2000), S. 669–687; ders.: »Breakthrough in the Caucasus«? German Reunification as a Challenge to Contemporary Historiography, in: German Historical Institute London Bulletin XXIV (2002), H. 2, S. 7–34.

7 Eine ausführlichere Untersuchung des Wettstreits zwischen Westintegration und Ostpolitik findet sich in meinem Buch: Dealing with the Devil: East Germany, Détente and Ostpolitik, 1969–1973, Chapel Hill, NC 2001. Siehe auch die äußerst aufschlussreiche Diskussion in Philip Zelikow/Condoleezza Rice: Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft, Cambridge, Mass.–London 1995, bes. S. 61 ff. (Dt. Ausg.: Sternstunde der Diplomatie: Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997).

Schließlich stellt der Fokus auf einen kurzen Zeitraum einen frühen und beunruhigenden Trend in der Geschichtsschreibung zur Spätphase des Kalten Krieges infrage: die Marginalisierung Europas. Zwei große Werke zum Kalten Krieg, von John Lewis Gaddis und von Melvyn Leffler, beschäftigen sich vorwiegend mit den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR. Odd Arne Westads Studie zum gleichen Thema begreift den Kalten Krieg in erster Linie als einen ideologischen Kampf in den Entwicklungsländern.<sup>8</sup> Diese Bücher sind substanzreich und haben durchaus ihren Wert, sie alle schenken jedoch Europa (ausgenommen Russland) relativ wenig Aufmerksamkeit. Der Kalte Krieg begann und endete in Europa, genauer im geteilten Deutschland. Selbst Tony Judts außerordentlich lesenswerte Analyse des modernen Europa, *Postwar*, ist seltsam schwach in Bezug auf Deutschland.<sup>9</sup> Bevor im englischsprachigen Raum ein Diskurs über die Spätphase des Kalten Krieges, der Deutschland außer Acht lässt, allzu dominant wird, versucht dieser Beitrag, Deutschland als Subjekt, nicht als Objekt, in diesem Prozess zu reetablieren.

Folgende Fragen stehen im Zentrum des Artikels: Erstens, ist es korrekt zu behaupten, die USA hätten Ostdeutschland binnen kurzer Zeit »demokratisiert«? Zweitens, welche Bedeutung kam den räumlich nahen im Verhältnis zu den entfernteren Faktoren zu? Wie bedeutend waren also die Ereignisse im geteilten Deutschland im Vergleich zu denen in Washington oder Moskau? Und schließlich die damit in Beziehung stehende Frage, ob die Vereinigung Deutschlands ein »Nebeneffekt« der Entscheidungen Gorbatschows war oder ein eigenständiges Moment, das zum Ende des Kalten Krieges und zum Zerfall der Sowjetunion beitrug.

## Die USA und die deutsche Vereinigung im Zeitraum 1989/90

Der ehemalige Präsident George H. W. Bush und sein Nationaler Sicherheitsberater Brent Scowcroft schreiben in ihren gemeinsamen Erinnerungen, dass in der ersten Hälfte des Jahres 1989 die Beförderung der deutschen Vereinigung und Demokratisierung nicht an vorderer Stelle in ihrer Agenda stand. Bush stellt seine damalige Haltung wie folgt dar: »Ich muss zugeben, dass die Frage, ob wir die Angelegenheit vorantreiben sollten, keine besonders hohe Bedeutung hatte [...] Hätte der NSC oder das Außenministerium gesagt, es sei keine gute Idee, wäre ich demgegenüber sicher aufgeschlossen gewesen. Ich hatte nicht vor, meine eigene Meinung zu dieser höchst kontroversen Angelegenheit durchzusetzen.«<sup>10</sup> Scowcroft ist noch unverblümter: »Ich war skeptisch, ob es klug sein würde, die deutsche Vereinigung anzustreben [...]. Keinem außerhalb der beiden Deutschlands, insbesondere unter unseren europäischen Verbündeten [...] gefiel diese Vorstellung. Abgesehen davon,

8 Gaddis: *The Cold War* (Anm. 1); Melvyn P. Leffler: *For the Soul of Mankind: The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007; Odd Arne Westad: *The Global Cold War: Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2005.

9 Tony Judt: *Postwar: A History of Europe since 1945*, New York 2005. (Dt. Ausg.: Tony Judt: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2006). Konrad Jarausch hat in seiner Besprechung des Buches für die *American Historical Review* (April 2007, S. 465–467) einige Probleme benannt.

10 George Bush / Brent Scowcroft: *A World Transformed*, New York 1998, S. 187 f.

was war falsch an einem geteilten Deutschland, solange die Situation stabil war?« Er war der Ansicht, man solle »keine schlafenden Hunde wecken«. <sup>11</sup>

Eine ihrer ersten außenpolitischen Entscheidungen, sogar noch vor Bushs Amtseinführung im Januar 1989, bestand darin, Henry Kissinger für die Bewältigung dieser Aufgaben zu berufen. Kissinger leitete dann für kurze Zeit einen *backchannel* (»vertraulichen Kanal«) zur sowjetischen Führung, ein ihm sehr vertrautes Vorgehen; das Projekt scheiterte jedoch. <sup>12</sup> Bei einem Treffen in New York im Dezember 1988 hatte Gorbatschow Bush den ehemaligen Botschafter der UdSSR in den USA, Anatoli Dobrynin, als Kontakt für einen solchen *backchannel* vorgeschlagen. Bush hielt es für angebracht, seinerseits Dobrynins ehemaligen Gegenpart Kissinger zu benennen, obgleich er Bedenken hatte. <sup>13</sup> Da Kissinger nicht gerade als Gegner von Verhandlungen mit kommunistischen Machthabern bekannt war, signalisierte diese Wahl ein Interesse am Status quo. In der Tat deutete Kissinger, als er am 16./17. Januar 1989 in Moskau mit Alexander Jakowlew sowie im Anschluss daran mit Michail Gorbatschow selbst zusammentraf, sogar an, dass sich die UdSSR mit dem Abzug aus Afghanistan nicht beeilen müsse: »Was Afghanistan betrifft, möchten wir, dass Sie sich zurückziehen, aber wir möchten nicht, dass Sie [dadurch] ein Sicherheitsproblem bekommen.« Kissinger konstatierte, dass Russland eindeutig ein legitimes Sicherheitsinteresse an einer Präsenz dort habe; er erkannte dies nicht zuletzt aufgrund der Probleme der USA mit Nicaragua an. <sup>14</sup> In Anbetracht dessen, dass sich die sowjetische Intervention in Afghanistan zum Desaster entwickelt hatte, ist es allerdings erstaunlich, dass Kissinger Parallelen zwischen ihr und Aspekten der US-Außenpolitik ziehen wollte.

Zum Thema Deutschland machte Kissinger deutlich, dass sowohl die USA als auch die Sowjetunion ein Interesse daran hätten, das Aufkommen von Nationalismus in Deutschland zu verhindern. Er warnte, dass die USA darunter fünf Jahre, die UdSSR aber noch in

11 Ebd., S. 188f.

12 Zur Rolle der »backchannels« während Kissingers Amtszeit siehe u. a. William Bundy: *A Tangled Web: The Making of Foreign Policy in the Nixon Presidency*, New York 1998; Jussi Hanhimäki: *The Flawed Architect: Henry Kissinger and American Foreign Policy*, New York 2004; Fredrik Logevall / Andrew Preston (Hg.): *Nixon in the World. American Foreign Relations, 1969–1977*, New York 2008 sowie Sarotte: *Dealing with the Devil* (Anm. 7).

13 Bush beschreibt seine Bedenken so: »Ich war skeptisch. Ich wollte sichergehen, dass wir nicht die falschen Signale nach Moskau aussenden; nicht dass manche Regierungsmitglieder das eine sagten, während andere geheime Verhandlungen führten, die möglicherweise genau gegensätzliche Signale aussenden würden. Obgleich sie hilfreich sind, können backchannels entscheidende Personen im Ungewissen lassen, was eine anstehende politische Entscheidung betrifft oder auch die Details einer Unterhaltung zwischen dem Präsidenten und einem ausländischen Staatsführer.« (Bush / Scowcroft: *A World Transformed* [Anm. 10], S. 26).

14 Siehe Основное содержание беседы с Г. Киссинджером (США) 16 января 1989 г. [Grundlagengespräche mit H. Kissinger (USA) am 16. Januar 1989], S. 3 (Unterredung zwischen Kissinger und Jakowlew), in: Russian and East European Archival Documents Database (READD), National Security Archive (im Folgenden: NSA). Einige kurze Auszüge aus dem Gespräch zwischen Gorbatschow und Kissinger am nächsten Tag sind unter dem Titel »Record of Main Conversation between M. S. Gorbachev and H. Kissinger« im Instruktionsband für die Konferenz »The End of the Cold War in Europe, 1989«, 1.–3. Mai 1999, in Musgrove, Georgia abgedruckt (Dokument 17). Siehe auch: Michael Beschloss / Strobe Talbott: *At the Highest Levels: The Inside Story of the Cold War*, Boston 1993, S. 13–18. (Dt. Ausg.: *Auf höchster Ebene: das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989–1991*, Düsseldorf 1994).

50 Jahren leiden würden. Um eine Krise in Deutschland oder andernorts zu vermeiden, sei ein enger Kontakt zwischen den USA und der UdSSR erforderlich; er bot sich dabei als Vermittler an, um jegliche politische Explosion in Europa zu verhindern. Es bestehe die Notwendigkeit, sich gegen die »Unverantwortlichkeit der Europäer« abzusichern.<sup>15</sup>

Kissingers Konzept von »Garantien«, die mit seiner Hilfe ausgehandelt werden sollten, nahm man zu Hause nicht gut auf. Gemäß der Darstellung von Bushs Außenpolitik durch Philip Zelikow und Condoleezza Rice umriss Kissinger nach seiner Rückkehr nach Washington die von ihm empfohlene Strategie, die vorsah, den Sowjets eine »beiderseitige Zurückhaltung in Osteuropa« zu garantieren und die Völker dieser Region im Wesentlichen sich selbst zu überlassen. Während er berichtete, die Sowjets seien dieser Idee gegenüber aufgeschlossen, war es sein Publikum in Washington jedoch nicht. Rozanne Ridgway, die für Europa und Kanada zuständige Staatssekretärin im Außenministerium, und ihr Stellvertreter Thomas Simons hielten das Konzept für »gefährlich«. Außenminister James Baker sah zwar Chancen für Kissingers Pläne, wollte ihn selbst allerdings ausbooten, was ihm mittels einer öffentlichen Pressekonferenz auch gelang.<sup>16</sup> Aus dem *backchannel* wurde so nichts, zum Leidwesen von Brent Scowcroft, der sich davon große Dinge erhofft hatte.<sup>17</sup> Das Problem wurde auf Eis gelegt angesichts scheinbar dringenderer Fragen: einer strategischen Neuausrichtung der US-Außenpolitik, einer Bilanz der Rüstungskontrolle und dann im Frühsommer der Entwicklungen in China mit den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz.

Sofern von den USA oder den anderen Besatzungsmächten im Sommer und Frühherbst 1989 als Folge der Flüchtlingskrise ernsthafte Diskussionen über eine mögliche deutsche Vereinigung geführt wurden, bewegten sich diese zwischen Spekulation und Ablehnung. Eine der interessantesten Unterredungen diesbezüglich fand am 23. September zwischen Gorbatschow und Margaret Thatcher statt. Gorbatschow zufolge sagte Thatcher plötzlich: »Ich möchte Ihnen etwas im Vertrauen mitteilen, und ich bitte Sie, diesen Teil des Gesprächs nicht aufzuzeichnen.« Die britische Premierministerin verlieh daraufhin ihrer Sorge Ausdruck, dass die Massenemigration von Ostdeutschen über Ungarn möglicherweise die Frage nach einer Vereinigung des geteilten Deutschlands aufwerfen würde. Sie versicherte ihm, so erinnert sich zumindest Gorbatschow, dass »Großbritannien und Westeuropa nicht an der Vereinigung Deutschlands interessiert sind«. Die öffentlichen Äußerungen der NATO-Mitglieder klangen zwar anders, aber »beachten Sie sie nicht«. Eine Vereinigung sei unvorstellbar, denn diese »würde zu Veränderungen der Nachkriegsgrenzen führen, und wir können das nicht zulassen, weil eine solche Entwicklung die Stabilität der gesamten internationalen Lage beeinträchtigen würde«. Sie versicherte Gorbatschow, dass Bush dies insgeheim genauso sehe.<sup>18</sup>

Kurz gesagt, unter George H. W. Bush war man nicht gerade mit Feuereifer dabei, die Deutsche Demokratische Republik auf den Weg der Demokratie zu bringen – obgleich der

15 Основное содержание беседы с Г. Киссинджером (Anm. 14), S. 4.

16 Zelikow/Rice: *Germany Unified* (Anm. 7), S. 27.

17 Bush/Scowcroft: *A World Transformed* (Anm. 10), S. 27.

18 Record of conversation between Gorbachev and Margaret Thatcher, September 23, 1989, in: Archive of the Gorbachev Foundation, Aufzeichnungen von A. S. Chernyaev, einsehbar im NSA.

Präsident schon wenig später für eine ebensolche Entwicklung verantwortlich zeichnen sollte. In Anbetracht der Tatsache, dass die Teilung Europas 40 Jahre lang den Status quo darstellt hatte, wäre eine andere US-Außenpolitik allerdings auch kaum zu erwarten gewesen.

Es war vielmehr eine Revolution von unten, die die Dinge änderte.<sup>19</sup> Und als die Revolution von unten richtig in Fahrt geriet, dies zeigen die verfügbaren Dokumente, waren es nicht die USA, sondern der maßgebende Staatsführer vor Ort, Helmut Kohl, der wiederholt die Initiative ergriff und weiterverfolgte, wobei er innen- und außenpolitische Faktoren gegeneinander abwog. Überdies war die rasche Demokratisierung Ostdeutschlands nicht nur einfach ein Nebeneffekt der Perestroika oder ein Medienereignis. Sie war vielmehr ein Schlüsselement in der Kausalkette, die zum raschen und unblutigen Ende des Kalten Krieges führte. Anders ausgedrückt, sie war das außenpolitische Ereignis, das, mehr als jedes andere, Gorbatschow von seinem Kurs abbrachte. Sicherlich hatten zuerst Reformen in Polen und Ungarn stattgefunden; diese waren jedoch die Art von Veränderung, die Gorbatschow erwartet hatte und die er billigte. Ihm gefiel die Vorstellung dessen, was in *Austin Powers*-Filmen als »Mini-Mes« bezeichnet wird, also von Junior-Versionen seiner selbst, die die Verbündeten des Warschauer Pakts reformieren würden.<sup>20</sup>

Die Veränderungen in Ostdeutschland waren andererseits nicht nur für Gorbatschow eine unangenehme Überraschung, sondern auch für die ostdeutsche Führung, die nicht beabsichtigt hatte, am 9. November 1989 oder zu einem anderen Zeitpunkt die Mauer zu öffnen, bevor nicht im Gegenzug umfangreiche finanzielle Zugeständnisse durch den Westen sichergestellt waren. Aufgrund einer verfrühten Ankündigung auf einer Pressekonferenz strömten Massen von Ausreisewilligen zu den Grenzübergängen und zwangen die Grenzposten, ihrem Wunsch nachzugeben.<sup>21</sup> Anatoli Tschernjajew hatte 1986 die »Lösung der sogenannten ›deutschen Frage‹« als die »bedeutendste Trumpfkarte« der Sowjetunion bezeichnet.<sup>22</sup> Nun verlor nicht nur Ostdeutschland, sondern der gesamte Warschauer Pakt sein potenziell wertvollstes Gut, ohne dafür etwas zu bekommen. Wieder war sich Tschernjajew in seinem Tagebucheintrag vom 10. November 1989 sicher:

---

19 Die bis heute beste Monografie zum Mauerfall ist Hans-Hermann Hertle: *Der Fall der Mauer: Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1996. Eine kürzere Populärversion erschien unter dem Titel: *Chronik des Mauerfalls: Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*, Berlin 1996. Eine grundlegende Chronologie bieten Hannes Bahrmann und Christoph Links: *Chronik der Wende: Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*, Berlin 1994 sowie die Online-Materialien auf [www.chronikderwende.de](http://www.chronikderwende.de), einer Website, die von Hans-Hermann Hertle mitestellt wurde. Siehe dazu auch meinen Artikel: *Elite Intransigence and the End of the Berlin Wall*, in: *German Politics* 2 (1993), H. 2, S. 270–287.

20 Diese Erkenntnis (allerdings nicht den Vergleich mit »Austin Powers«) verdanke ich einem Gespräch mit Botschafter Jack Matlock im Institute for Advanced Study am 18. April 2007. Botschafter Matlock entwickelt seine Gedanken zu Gorbatschow weiter in: *Autopsy on an Empire: The American Ambassador's Account of the Collapse of the Soviet Union*, New York 1995 sowie: *Reagan and Gorbachev: How the Cold War Ended*, New York: 2004.

21 Siehe Hertle: *Der Fall der Mauer* (Anm. 19); Sarotte: *Elite Intransigence* (Anm. 19).

22 Anatoly Chernyaev: *Memorandum to Alexander Yakovlev, about conclusions from the XXVII CPSU Congress*, 10. März 1986, aus der Online-Publikation des NSA von Tschernjajews Tagebuch aus dem Jahr 1986 (findbar unter der NSA-Website, [www.gwu.edu/~nsarchiv](http://www.gwu.edu/~nsarchiv), danach auf der Webseite nach Chernyaev suchen).

»[...] die Hauptsache ist die DDR, die Berliner Mauer. Weil es nicht nur um den ›Sozialismus‹ geht, sondern um die Verlagerung des globalen Gleichgewichts der Mächte. Das ist das Ende von Jalta [...] vom Erbe Stalins und vom ›Sieg über Hitlerdeutschland‹.«<sup>23</sup>

Dies war der erste Schritt in einem unumkehrbaren Prozess, der zur Demokratisierung Ostdeutschlands führte. Die Öffnung der Grenze ermöglichte es den Ostdeutschen, im März 1990 zu wählen. Sie stimmten für die Position der CDU, d. h. für eine schnellstmögliche Vereinigung – innerhalb des bereits für Westdeutschland existierenden Bündnisnetzwerks, insbesondere der EG und der NATO. Diese Zugehörigkeiten sollten sich 1990 zur Quelle erbitterter Auseinandersetzungen entwickeln. Das Problem der potenziellen NATO-Erweiterung auf ostdeutsches Gebiet führte sogar letztendlich zum Bruch zwischen Gorbatschow und seinen engsten Beratern.<sup>24</sup> Gorbatschow fand die Vorstellung zwar unangenehm, aber erträglich, solange der Preis stimmte; er war jedoch in der Minderheit. Während des Gipfeltreffens zwischen den USA und der UdSSR im Frühjahr 1990 kam es zwischen Gorbatschow und seinen ihm eigentlich untergeordneten Mitarbeitern zu offenen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der NATO. Die Amerikaner waren überrascht über die Auseinandersetzung, die sich vor ihren Augen abspielte. Scowcroft erinnert sich: »Es war ein unglaublicher Vorfall, so etwas hatte keiner von uns je zuvor gesehen – geradezu eine offene Rebellion gegen einen Sowjetführer.«<sup>25</sup> Bis heute sind die NATO-Erweiterung und die damit einhergehende Nutzung von Regionen, die ehemals zum Warschauer Pakt gehörten, im öffentlichen Diskurs in Russland wunde Punkte. Philip Zelikow argumentierte 1995 in einem Zeitungsbeitrag, russische Behauptungen, Baker hätte versprochen, die NATO würde sich nicht erweitern, entbehrten jeder Grundlage.<sup>26</sup> Solche Gedanken möchten zwar diskutiert worden sein, sie seien jedoch nicht in die schriftlichen offiziellen Dokumente aufgenommen worden, so Zelikow.

Öffentliche Kommentatoren in Russland sehen in der schnellen Demokratisierung und Wiedervereinigung Deutschlands das Ereignis, das zum Untergang der UdSSR führte. Was die wissenschaftliche Literatur betrifft, hat Mark Kramer die Konsequenzen der Reformen in Osteuropa für die Sowjetunion gegen Ende der Regierungszeit Gorbatschows untersucht.<sup>27</sup> Seine These ist, dass zunächst zwischen 1986 und 1988 die Reformen in der

23 Notizen von Anatoly Chernyaev im Archive of the Gorbachev Foundation, Fond 2, Opis 2, einsehbar im NSA.

24 Das vielleicht bedeutendste Gespräch zwischen Gorbatschow und seinen wichtigsten Ratgebern zum Thema Deutschland und NATO findet sich in: Обсуждение германского вопроса на узком совещании в кабинете Генерального секретаря ЦК КПСС [Diskussion der deutschen Frage im kleinen Kreis im Büro des Generalsekretärs der KPdSU], 26. 01. 1990, in: Михаил Горбачев и германский вопрос (Anm. 4), S. 307–311.

25 Die Materialien von diesem Gipfeltreffen sind in der Bush Library und im National Security Archive verfügbar. Eine nützliche Zusammenfassung findet sich in: Bush / Scowcroft: A World Transformed (Anm. 10), S. 282 f.

26 Philip Zelikow: NATO Expansion wasn't ruled out, in: International Herald Tribune vom 10. August 1995.

27 Siehe seine dreiteilige Serie: Mark Kramer: The Collapse of East European Communism and the Repercussions within the Soviet Union (Part 1), in: Journal of Cold War Studies 5 (2003), H. 4, S. 178–256; The Collapse of East European Communism and the Repercussions within the Soviet Union (Part 2), in: Journal of Cold War Studies 6 (2004), H. 4, S. 3–64; The Collapse of East European Communism and the Repercussions within the Soviet Union (Part 3), in: Journal of Cold War Studies 7 (2005), H. 1, S. 3–96.

Sowjetunion zu den Verbündeten des Warschauer Pakts hinüberschwappten. Dann kehrte sich diese Strömung um und verursachte eine Flutwelle, die 1990/91 die Sowjetunion überrollte.<sup>28</sup> Kramers Argumentation ist überzeugend. Die bedeutendste Komponente der gewaltigen Kraft, die zur Umkehrung der Strömung führte, war der Umbruch, der sich zwischen dem 9. November 1989 und dem 18. März 1990 in der DDR vollzog. Zelikow und Rice beschreiben in ihrer Chronik der Ereignisse die Reaktion Moskaus auf den Mauerfall als »kaum verhüllte Panik«. Mehr noch: »Man hat das Gefühl, dass Moskau nach dem Fall der Berliner Mauer versuchte, Zeit zu gewinnen, statt eine Strategie zu entwickeln, die Mindestforderungen beinhaltete.«<sup>29</sup>

### Die Ereignisse im geteilten Deutschland

Wie gestalteten sich 1989 die Beziehungen der USA und der anderen Besatzungsmächte Deutschlands zu Bonn? Die Telefongespräche zwischen Kohl und Bush während des Sommers konzentrierten sich auf Ungarn und Polen. Kohl bewunderte die ungarischen Reformer (und war ihnen dankbar, dass sie die Grenze zu Österreich geöffnet hatten).<sup>30</sup> Er drängte darauf, Wege für die finanzielle Unterstützung von Reformen, insbesondere in Polen, zu finden. Im Herbst 1989 jährte sich zum 50. Mal der Einmarsch der deutschen Truppen, mit dem der Zweite Weltkrieg begonnen hatte, und die westdeutsche Staatsführung war entschlossen, die negativen historischen Schlagzeilen durch positive aktuelle zu ersetzen. Hätten die Entwicklungen in Deutschland die Sachlage nicht völlig verändert, hätte folgerichtig Polen für Kohl weiterhin hohe Priorität gehabt.<sup>31</sup> Im Oktober hielt er eine öffentliche Solidaritätserklärung des Westens mit den Veränderungen im Osten für wichtig, und Bush kam dem in einem Interview des *New York Times*-Redakteurs R. W. Apple nach.<sup>32</sup>

Selbst im Telefongespräch mit Bush am 10. November 1989, einen Tag nach der Maueröffnung, verließ Kohl immer noch zuerst seiner Sorge um Polen Ausdruck (seinen Besuch dort hatte er gerade wegen der Ereignisse in Ostberlin abbrechen müssen). Nach einer ziemlich ausführlichen Zusammenfassung der Ereignisse in Polen fragte Kohl den US-Prä-

28 Siehe ebd. (Part 3), S. 70, Bild 1.

29 Zelikow/Rice: *Germany Unified* (Anm. 7), S. 106–109.

30 Kai Diekmann/Helmut Kohl/Ralf Georg Reuth: *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996.

31 Siehe insbesondere die US- und westdeutschen Transkripte der Telefongespräche, kurz Telcons genannt, zwischen Bush und Kohl am 15. 6. 1989, 7:01–7:19 Uhr EDT; 23. 6. 1989, 7:26–7:42 Uhr und 23. 10. 1989, 9:02–9:26 Uhr. Die Bush-Kohl-Telcons sind an mindestens drei Standorten einsehbar (gelegentlich sind einzelne Aufzeichnungen allerdings nicht überall verfügbar): der Bush Library (auf der Grundlage des Freedom of Information Act), 19990393-E, sowie in Kopie am NSA und in deutscher Sprache als Teil des DESE. Das Zitat stammt aus dem Telcon vom 23. Oktober.

32 R.W. Apple Jr.: *Possibility of a Reunited Germany is No Cause for Alarm, Bush Says*, in: *The New York Times* vom 25. 10. 1989. Siehe Zelikow/Rice: *Germany Unified* (Anm. 7), S. 94. Am Tag der Veröffentlichung des Interviews, so berichten Rice und Zelikow, gab Außenstaatssekretär Robert Kimmitt ein Essen für wichtige politische Direktoren aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Der französische Vertreter, Bertrand Dufourcq, bat um eine Klärung der Position Amerikas zu den Ereignissen in Deutschland. Kimmitt hielt die Zeitung hoch und zeigte auf das Interview. Siehe ebd., S. 95.

sidenten, ob er dazu Fragen habe. Bush nutzte die Gelegenheit, zu Wort zu kommen, um das Thema zu wechseln: »Ich habe keine Fragen«, antwortete er. »Mich interessiert die DDR.« Auf den Themenwechsel eingehend, zeigte sich Kohl verhalten optimistisch, dass die Ostdeutschen, jetzt da die Mauer offen sei, zu Besuch kommen und anschließend wieder nach Hause zurückkehren würden. Weder er noch der Präsident schienen in diesem Gespräch zu erkennen, dass der Zusammenbruch Ostdeutschlands unmittelbar bevorstand. Die Hoffnung, dass seine Bevölkerung einfach zu Hause bleiben würde, stellte sich als Illusion heraus.<sup>33</sup>

Selbst noch am 17. November 1989 räumte Kohl in seinen Unterredungen mit Bush Polen Priorität ein. Laut einem deutschen »Telcon« (Abkürzung für das Transkript eines Telefongesprächs) wies er darauf hin, dass für Polen »der kommende Winter hart werden wird« und die EG Nahrungsmittelhilfe bereitstellen solle. Bush für seinen Teil drängte auf ein persönliches Treffen mit Kohl. Der weigerte sich jedoch, nach Camp David zu kommen, denn es sei für ihn »ein enormes Problem, mich für zwei Tage frei zu machen«. Bush betonte noch einmal, wie sehr er Kohls Input vor dem anstehenden Gipfeltreffen mit Gorbatschow in Malta schätzen würde: »Ich bin fest entschlossen, von Ihnen persönlich Rat und Empfehlungen zu bekommen, bevor ich mich mit Gorbatschow treffe [...] Informationen aus der BRD, von Kanzler Kohl, sind für Gorbatschow jetzt wichtiger als zu jedem anderen Zeitpunkt oder für irgendein anderes Treffen.«

Zu diesem Zeitpunkt hatte Bush bereits mit Kissinger, Scowcroft und Baker über Deutschland und dessen mögliche Rolle in der bevorstehenden Konferenz in Malta diskutiert. In einer Unterredung am 13. November hatten sie darüber spekuliert, was Gorbatschow für Deutschland fordern würde: entweder Neutralität oder, als Preis für die Vereinigung, die Auflösung sowohl der NATO als auch des Warschauer Pakts.<sup>34</sup> Da für Kohl die Bewältigung der Ereignisse im geteilten Deutschland gegenüber einer USA-Reise Priorität hatten, war das Beste, worauf sie sich einigen konnten, ein gemeinsames privates Essen unmittelbar im Anschluss an den Gipfel in Malta, bevor Bush der NATO über die Ergebnisse des Gipfels Bericht erstatten würde.<sup>35</sup>

Vielleicht zögerte Kohl wirklich mit einem Treffen, weil er unter Zeitdruck stand. Irgendwann nach dem 17. November war Polen nicht mehr das einleitende Thema in seinen Unterredungen mit Bush. Ihm wurde nach und nach das ganze Ausmaß des Zusammenbruchs Ostdeutschlands bewusst, als ein sozialistischer Führer nach dem anderen zurücktrat, in Korruptionsskandalen verwickelt wurde oder schlicht den anstehenden Aufgaben nicht gewachsen war. Dienstag, der 21. November 1989, scheint Kohls Denken entscheidend geprägt zu haben. Einer seiner engsten Mitarbeiter, Horst Teltschik, erinnert sich an ein an diesem Tag stattfindendes Treffen mit Nikolai Portugalow, einem Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Teltschik kannte Portugalow, der Deutsch sprach, von früheren Zusammentreffen und vertraute ihm. Portugalow hatte ein bemerkenswertes Geheimdokument bei sich. Es war ein spekulatives Dokument, das er selbst ins Deutsche

33 Telcon vom 10. 11. 1989, 15:29–15:47 Uhr und DESE-Dokument Nr. 82 (Anm. 4).

34 Bush / Scowcroft: *A World Transformed* (Anm. 10), S. 191.

35 Telcon vom 17. 11. 1989, 7:55–8:15 Uhr und DESE-Dokument Nr. 93 (Anm. 4).

übersetzt habe, so Portugalow. Er verwies ausdrücklich darauf, dass die erste Hälfte von Gorbatschow persönlich genehmigt worden sei, nicht jedoch die zweite (vermutlich sollte das Gorbatschow ermöglichen, sich, falls nötig, von diesem Teil des Texts zu distanzieren). Das Dokument stellte Mutmaßungen über die Folgen der deutschen Einheit für die NATO und den Warschauer Pakt an. »Die Stunde ist gekommen«, begann der zweite Teil, »die Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland von allen Relikten der Vergangenheit zu befreien«. »Rein theoretisch« sei es an der Zeit, Themen wie Bündnismitgliedschaften oder die Ausstiegsklauseln der Pariser Verträge und des Vertrags von Rom, d. h. den Ausstieg aus EG und NATO, neu zu überdenken.<sup>36</sup> Teltschik fühlte sich wie elektrisiert. Das Dokument enthielt Gedankenspiele, die noch niemand in Westdeutschland ernsthaft diskutiert hatte, erinnert er sich. Er nahm sofort zu Kohl Kontakt auf, der zustimmte, dass »etwas wirklich Unglaubliches in Bewegung geraten war«. Beide waren der Meinung, dass sie nun in Richtung deutsche Einheit denken sollten, andernfalls könnte ihnen Gorbatschow zuvorkommen. Teltschik nahm vermutlich an, es würde schwierig werden, eine in Richtung Neutralität oder Auflösung der existierenden Bündnisse gehende Entwicklung zu stoppen, falls Gorbatschow sein damals weltweit hohes Ansehen dafür einsetzen sollte, die deutsche Einheit nach einer der beiden Vorgaben zu gestalten, die Bush und Kissinger am 13. November diskutiert hatten.<sup>37</sup>

Der eigentümliche Charakter der westdeutschen Verfassung warf noch grundlegendere Fragen auf. Das Grundgesetz war ursprünglich als vorläufiges Dokument konzipiert worden. Artikel 146 besagte explizit, dass sie außer Kraft treten werde, sobald alle Deutschen, in Freiheit vereint, über eine neue Verfassung abstimmen könnten. Aber was würde es für einen modernen Industriestaat bedeuten, gegen Ende des 20. oder zu Beginn des 21. Jahrhunderts seine Verfassung abzuschaffen? Würde dies alle Bündnisse und Verträge ungültig machen? Müssten diese neu verhandelt werden? Bekämen durch den Zweiten Weltkrieg begründete Forderungen plötzlich neue Gültigkeit, wenn es endlich ein vereintes Deutschland gäbe, gegen das man Klage erheben könnte? Müssten die Grundlagen der Gesellschaft neu verhandelt werden? Diese Fragen waren nicht dazu geeignet, das Herz eines konservativen Staatslenkers zu erfreuen, der im existierenden politischen System erfolgreich gewesen war. Er musste mit Antworten aufwarten, bevor ihm andere zuvorkamen.<sup>38</sup>

Vermutlich befürchtete Kohl, die Zeit würde ihm davonlaufen. Das Ergebnis war seine dramatische Rede vor dem Bundestag am 28. November 1989, in der er – ohne irgendwelche Verbündeten oder seinen Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu konsultieren – einen Fahrplan darlegte, dessen Ziel unzweifelhaft die politische Einheit der bei-

36 DESE-Dokument Nr. 112A (Anm. 4).

37 Horst Teltschik: 329 Tage: Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 42–45. Teltschik, einer von Kohls engsten Ratgebern, war bis Ende 1990 Leiter der Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik im Kanzleramt. Scowcroft schätzte ihn als jemanden, bei dem man sich darauf verlassen konnte, dass er Kohls Ansichten zu einem Problem korrekt wiedergeben würde (im Gegensatz zu Hans-Dietrich Genscher, der seine eigene politische Agenda verfolgte bzw. die seiner Partei, der FDP). Siehe auch Bush / Scowcroft: *A World Transformed* (Anm. 10), S. 237f. und Zelikow / Rice: *Germany Unified* (Anm. 7), S. 76–78.

38 Siehe Gerhard A. Ritter: *Der Preis der deutschen Einheit: Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*. München 2006, S. 48.

den deutschen Staaten war (über die Zwischenstation konföderativer Strukturen).<sup>39</sup> Dies brachte Präsident Bush plötzlich in eine heikle Lage, als er am 2. / 3. Dezember 1989 mit Gorbatschow beim Gipfel in Malta zusammentraf. Die Bush-Regierung hat die englischsprachigen Aufzeichnungen des Treffens noch nicht freigegeben, doch das russische Transkript wurde bereits veröffentlicht. Diesem zufolge scheint das geteilte Deutschland dem berühmten Elefanten im Raum geglichen zu haben, den keiner erwähnt. Erst gegen Ende des zweiten Tags findet sich im Transkript ein expliziter Bezug auf das Thema. Bush sagt, man habe »gestern [...] das Problem Deutschland diskutiert, ohne ins Detail zu gehen«, das Transkript lässt allerdings im Unklaren, auf welche vorangegangene Diskussion er sich bezieht. Bush fährt fort: »Ich hoffe, Sie verstehen, dass Sie uns nicht darum bitten können, uns gegen die Vereinigung Deutschlands zu stellen.« Gorbatschow antwortet darauf, es gebe viele »Spekulationen« und die Veränderungen in Europa seien in der Tat »grundlegender Art«. Er betont die Notwendigkeit für einen anhaltenden Dialog, ohne (so das russische Transkript) die hochspekulativen Überlegungen aus dem Portugalow-Memorandum vom 21. November zur Sprache zu bringen.<sup>40</sup>

Rückblickend wird deutlich, dass das wichtigste Treffen im Dezember 1989 nicht der Gipfel in Malta war, sondern vielmehr das private Dinner von Kohl und Bush am 3. Dezember in Laeken nahe Brüssel. Während des Essens, an dem Scowcroft, Stabschef John Sununu und Horst Teltschik sowie zwei Übersetzer teilnahmen, überzeugte Kohl Bush davon, dass die Situation in der DDR katastrophal sei. Es gab keine ausführlichen Diskussionen über Polen mehr; jetzt war seine gesamte Aufmerksamkeit darauf gerichtet, zu vermitteln, dass es seiner Meinung nach dringend eines Plans bedürfe, um die beiden deutschen Staaten auf irgendeine Weise zusammenzuführen. Er argumentierte Bush gegenüber, dass die DDR vor dem Zusammenbruch stehe und die Westdeutschen nicht weiterhin jedem Geld aushändigen könnten, der die Grenze überquere. Sie zahlten immerhin gerade fast zwei Milliarden DM an Ostdeutsche in Westdeutschland aus. Kohl versprach, nichts »Unbedachtes« zu unternehmen und mit Gorbatschow ein Treffen zu vereinbaren, um dessen Bedenken so schnell und umfassend wie möglich zu zerstreuen.

Nach Kohls Ansicht ergab sich dringender Handlungsbedarf nicht nur daraus, was in der DDR passieren könnte, sondern auch, was sich in der BRD ereignen könnte: »Die Grünen wittern ihre Chance. Sie wollen die Abschaffung der Armee und Neutralität. Sie sind gegen eine Vereinigung. Die SPD hat letzten Dienstag zugestimmt.« Anders gesagt, falls er jetzt nicht handelte, würden es andere tun. Mit dieser Argumentation suchte Kohl die Zustimmung Bushs, um die deutsche Einheit voranzutreiben. Bevor er diese de facto erteilte, erkundigte sich Bush nach der Haltung der anderen europäischen Verbündeten. Kohl entgegnete darauf, dass eine Vereinigung Deutschlands für Spanien, die Schweiz und Österreich akzeptabel sei. Italien sei extrem unzufrieden. Über Frankreich und Groß-

39 Siehe DESE-Dokument Nr. 101 (Anm. 4), S. 572 f.

40 Einige Materialien des Malta-Gipfels finden sich in deutscher Übersetzung in: Michail S. Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit. Berlin 1993, S. 93–129. Svetlana Savranskaya vom NSA danke ich dafür, dass sie mir ein ausführliches russisches Transkript des Gipfels zur Verfügung gestellt hat. Die Zitate finden sich darin auf S. 190 f.

britannien berichtete Kohl en détail; insbesondere legte er ausführlich die persönlichen Ansichten von Mitterrand und Thatcher dar. Was Mitterrand betrifft, so Kohl, sei dieser »weise«: »Er weiß, dass es nicht gut wäre, sich dagegenzustellen. Aber er möchte, dass es nicht zu schnell geht.« Thatcher wiederum sei »eher zurückhaltend«. Darauf gab Bush sofort zurück: »Das ist die Untertreibung des Jahres.«

Die beiden stimmten überein, dass Thatcher in der Vergangenheit lebe. In der deutschen Zusammenfassung des Gesprächs erklärt Kohl ihre Haltung so: Er glaube, dass die Mehrzahl der anderen europäischen Staatsführer, die von der seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden Furcht vor dem deutschen Nationalismus sprachen, ihre wirklichen Sorgen verbargen, nämlich die Befürchtung, dass sie sich in der EG mit einem 80 Millionen Einwohner starken Deutschland auseinandersetzen müssten. Thatcher dagegen sei wirklich noch von Erinnerungen an den Krieg geleitet. Sie empfinde die Geschichte als ungerecht. »Im Krieg hat Großbritannien sein Empire geopfert und in der Tat seine Existenz aufs Spiel gesetzt. Es hat zwar den Krieg gewonnen, aber vieles andere verloren.« Nun scheine es, als würde die Geschichte die Deutschen belohnen; das daraus resultierende Gefühl der Ungerechtigkeit »spielt eine große Rolle« bei ihrer Reaktion. Kohl schätzte ihre staatsmännischen Fähigkeiten, verstand aber nicht, warum sie einen – in seinen Augen – offensichtlichen Fehler beging. »Wenn ich an ihrer Stelle wäre, würde ich mich an die Spitze der Bewegung stellen, die ein vereinigtes Deutschland einzubinden versucht [...]. Ich würde sagen, dass die Zukunft mit einem friedlichen Deutschland nur unter einem gemeinsamen europäischen Dach erreicht werden kann.« Er wies darauf hin, dass Mitterrand bereits erkannt habe, dass dies die beste Vorgehensweise sei.<sup>41</sup> Es ist erwähnenswert, dass diese Beschreibung Mitterrands mit dem Tenor des Buches von Frédéric Bozo übereinstimmt, der exklusiven Zugang zu den französischen Dokumenten aus dieser Zeit hatte.<sup>42</sup> Mitterrand mag dies als einen vernünftigen Weg angesehen haben, das bedeutete jedoch nicht, dass ihm dieser gefallen musste. In einer privaten Unterredung versuchte Kohl Mitterrand die Idee zu verkaufen, dass es im Interesse Frankreichs als Handelspartner sei, ein ökonomisch starkes, vereintes Deutschland zum Nachbarn zu haben. Mitterrand schoss zurück: »Auch das Deutschland Kaiser Wilhelms II. war ein Land, das wirtschaftlich florierte.«<sup>43</sup>

Am Ende seiner Zusammenfassung der Meinungen der Bündnispartner sprach Kohl über den Verbündeten im eigenen Land, Genschers FDP. Die FDP stimme seinen Vorstellungen im Prinzip zu. Doch sei die Partei »bitterböse«, dass er, Kohl, die Lorbeeren dafür ernte. Bush äußerte Verständnis. Am Ende war klar, dass Kohl seine Unterstützung hatte. Bush blickt auf Laeken als dasjenige Treffen zurück, bei dem er Kohl »grünes Licht« gab; Scowcroft erinnert sich, dass »eine Atmosphäre der Kameradschaft bei einem großen Wagnis für mich spürbar war«.<sup>44</sup>

41 Memcon (memorandum of conversation) zum Treffen des US-Präsidenten mit Helmut Kohl am 3. Dezember 1989, 20.30–22.30 Uhr, NSA und DESE-Dokument Nr. 109 (Anm. 4; Zitate auf S. 607).

42 Bozo: Mitterrand (Anm. 5).

43 DESE-Dokument Nr. 187 (Anm. 4), Zitat S. 851. Das Gespräch fand am 15. Februar 1990 in Paris statt.

44 Die Zitate stammen sämtlich aus dem amerikanischen Transkript (siehe Anm. 41), außer »bitterböse«, das sich auf S. 605 der deutschen Version findet. Für Kommentare von Bush und Scowcroft zu dem Treffen siehe Bush/Scowcroft: *A World Transformed* (Anm. 10), S. 199.

## Gorbatschow und die Vereinigung

Kohl nutzte diesen festen Rückhalt bei den USA, um nach und nach Gorbatschows Widerstand sowohl gegen die Vereinigung als auch gegen die NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland aufzuweichen. Nach einigem Hin und Her, so wird aus dem Dokument deutlich, vollzog sich im Februar 1990 ein letzter wichtiger Schritt. Bush fasste die Stimmung des Brüssler Treffens in Worte und schickte am 9. Februar einen Brief an Kohl, kurz bevor dieser nach Moskau flog. Der deutsche Kanzler bezeichnete dieses Schreiben später wiederholt als eines der bedeutendsten, das je zwischen amerikanischen und deutschen Staatsmännern ausgetauscht wurde. Es versicherte Kohl der vollen Unterstützung der USA für seine Pläne, innerhalb kürzester Zeit die deutsche Einheit in die Tat umzusetzen. In den Worten des Präsidenten: »Wenn die Ereignisse schneller vonstatten gehen, als wir erwartet haben, bedeutet dies lediglich, dass unser gemeinsames Ziel in all den Jahren, die deutsche Einheit, noch schneller Wirklichkeit wird, als wir gehofft haben.«<sup>45</sup> Am 7. Februar 1990 schickte Bush zudem Baker nach Moskau, um vor Kohls Besuch drei Tage später mögliche Steine aus dem Weg zu räumen. Baker schlug die »2 + 4«-Lösung vor, die schließlich angenommen wurde, um die Frage der Viermächtekontrolle zu lösen. Der Minister machte Gorbatschow auch deutlich, dass der Gedanke an ein vereinigtes Deutschland, das von jeglichen militärischen Bündnissen losgelöst wäre, die UdSSR beunruhigen sollte. Wie Baker in einer Zusammenfassung für Kohl formulierte, hatte er Gorbatschow gefragt: »Würden Sie ein vereinigtes Deutschland außerhalb der NATO bevorzugen, unabhängig und ohne US-Streitkräfte, oder würden Sie einem vereinigten Deutschland den Vorzug geben, das an die NATO gebunden ist, mit der Zusicherung, dass der Einflussbereich der NATO sich keinen Inch ostwärts von seiner gegenwärtigen Position verschiebt?«<sup>46</sup> Ironischerweise hatte Kohl in diesem Moment keine Einwände gegen diese Angstmasche, da sie seinen Zielen diene.

Kohl selbst bediente sich in den Verhandlungen mit Gorbatschow einer Kombination aus Höflichkeit und Nachdrücklichkeit. Am Ende eines langen Berichts über die instabile Lage in Ostdeutschland sagte er unverblümt: »So sehr wir auch versuchen, uns davor zu drücken, die Stunde der Entscheidung rückt näher.« Die Ereignisse zwangen die beiden zum Handeln.<sup>47</sup> Obgleich es bis zum Juli des Jahres dauern sollte, bis Gorbatschow schließlich seine letztendliche Zustimmung gab, verließ Kohl das Treffen am 10. Februar mit dem sicheren Gefühl, dass Gorbatschow seine Einwilligung sowohl zur deutschen Einheit als auch zur späteren EG- und NATO-Mitgliedschaft des neuen Deutschlands geben würde.

Kohl berichtete Bush in einem Telefongespräch von seinem Vertrauen in den Erfolg. Scowcroft erinnert sich, dass er zunächst beunruhigt war, da der deutsche Kanzler das Weiße Haus tagelang auf diesen Anruf warten ließ. In der Tat ist das Telcon-Transkript auf den 13. Februar datiert, was zu interessanten Spekulationen einlädt, weshalb Kohl nach

---

45 DESE-Dokument Nr. 170 (Anm. 4).

46 DESE-Dokument Nr. 173 (Anm. 4). Siehe auch James Baker: *The Politics of Diplomacy*, New York 1995, S. 202–206.

47 DESE-Dokument Nr. 174 (Anm. 4).

dem Treffen vom 10. Februar so lange brauchte, um zum Hörer zu greifen.<sup>48</sup> Wie dem auch sei, Kohl fasste die Unterredung mit Gorbatschow so zusammen: »Ich bin sicher, dass wir eine Lösung finden werden, aber es wird schwer.« Diesen Satz wiederholte er Anfang 1990 immer wieder, und er erwies sich als zutreffend.<sup>49</sup> Im Wesentlichen lief es darauf hinaus, über den Preis zu verhandeln. In den, wie es der deutsche Wissenschaftler Hannes Adomeit formuliert, teuersten Telefongesprächen der deutschen Geschichte erklärte sich Kohl Anfang September 1990 einverstanden, rund zwölf Milliarden DM (deklariert als Unterstützung für die Verlegung der Truppen) zu zahlen sowie weitere drei Milliarden DM in Form von Krediten bereitzustellen.<sup>50</sup> Im Gegenzug stimmte Gorbatschow der Mitgliedschaft des geeinten Deutschland in EG und NATO zu.

Rice und Zelikow sind der Ansicht, dass die Februar-Treffen von Baker und Kohl mit Gorbatschow den Ausschlag gaben. »Die Maske war gefallen. Gorbatschow ließ sowohl die Amerikaner als auch die Deutschen in der Überzeugung aus Moskau abreisen, dass er nicht gewillt sei – oder vielleicht auch nicht in der Lage –, ihren Plänen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Und genau so war es auch.«<sup>51</sup> Gorbatschows neues Denken hatte demnach eine Situation geschaffen, in der die Vereinigung tatsächlich möglich wurde, die Westdeutschen drängten (mit amerikanischer Unterstützung) darauf, Gorbatschow gab seine Zustimmung, und die Angelegenheit war erledigt. Im Gegensatz zu Rice und Zelikow würde ich jedoch sagen, dass dem Puzzle des Wegs zur deutschen Einheit noch ein entscheidendes Teil fehlte: die innenpolitische Legitimierung in den beiden deutschen Staaten. Der unerwartete Sieg der CDU bei den Wahlen vom 18. März in der DDR (in denen die ostdeutsche Schwesterpartei der CDU 48 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 95 Prozent erhielt) lieferte sie. Er legitimierte Kohls Politik nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Kohl hatte nun sowohl den inneren als auch den äußeren Rückhalt, den er brauchte, um seine Pläne für Deutschland erfolgreich umzusetzen.<sup>52</sup>

Die Wahlen veranlassten Kohl sogar, seine Gespräche mit Präsident Bush darüber wieder aufzunehmen, was für Polen getan werden könnte. In einem Kommentar, der im amerikanischen, aber nicht im deutschen Transkript eines Telefongesprächs festgehalten wurde, spricht Kohl Bush gegenüber von einer eindeutigen Verbindung zwischen der Innenpolitik und den Beziehungen zu Polen. Er bittet Bush, Tadeusz Mazowiecki auszurichten: »Ich möchte ihm mit meiner Politik in meinem Land helfen, erfolgreich zu sein. Ich sage das normalerweise nicht öffentlich, aber die Wahlergebnisse haben auch auf diese Fragen Einfluss.« Anders ausgedrückt, mit der durch die Wahlen begründeten Legitimierung im Osten war er eher in der Lage, Risiken bei seiner konservativen Wählerschaft im Westen einzugehen in Bezug auf die Gebiete in Polen, die diese immer noch mindestens als Gegenstand von Verhandlungen betrachtete. Wieder einmal zeigte Kohl seinen wahren

48 Siehe Bush/Scowcroft: *A World Transformed* (Anm. 10), S. 241.

49 Telcon vom 13. Februar 1990, 13:49–14:00 Uhr und DESE-Dokument Nr. 180 (Anm. 4).

50 Archie Brown: *The Gorbachev Factor*, New York 1997, S. 246 f. (Dt. Ausg.: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt a. M. 2000). Das Telefonat vom 7. September ist als DESE-Dokument Nr. 415 verfügbar (Anm. 4).

51 Zelikow/Rice: *Germany Unified* (Anm. 7), S. 190.

52 Zur Wahl und deren Folgen siehe ebd., S. 231–236.

Charakter als ein Mann, der bei der Formulierung seiner Außenpolitik der Innenpolitik Priorität einräumte.<sup>53</sup>

## Fazit

Lassen Sie uns auf die Fragen zurückkommen, die ich zu Beginn gestellt habe: Ist es korrekt zu sagen, die USA hätten Ostdeutschland innerhalb kurzer Zeit »demokratisiert«? Wie entscheidend waren die nahen im Vergleich zu den entfernten Faktoren? War die deutsche Einheit ein »Nebeneffekt« der Entscheidungen Gorbatschows oder eine eigenständige Größe in den Entwicklungen, die zum Ende des Kalten Krieges und der Sowjetunion führten?

Erstens kann festgehalten werden, dass die Rolle der USA bei der Demokratisierung Ostdeutschlands während der analysierten kurzen Zeitspanne eine unterstützende und keine führende war. Alle Beteiligten wurden offensichtlich von den Ereignissen überrascht. Die USA hatten unter der Bush-Regierung nicht auf eine rasche Demokratisierung gedrängt. Es war Kohl, der sich im November 1989 dazu entschloss, die Initiative zu ergreifen, da er fürchtete, dass sonst andere den Weg zu einer weniger attraktiven Form der deutschen Einheit einschlagen würden, als er selbst in die Tat umsetzen könnte. Zuweilen nahm er sich nicht einmal die Zeit, die Amerikaner über seine Pläne zu informieren. Bush hingegen war, wie er selbst zugab, leidenschaftlos, was dieses Thema betraf, und hätte sich, wenn seine Mitarbeiter es ihm geraten hätten, dagegengestellt. Seine Berater taten dies jedoch nicht, aus Gründen, die in den quasiautobiografischen Darstellungen von Robert Hutchings sowie von Zelikow und Rice ausführlich dargelegt werden. Hutchings ist sogar der Auffassung, dass die USA für den Vereinigungsprozess verzichtbar waren; die Vereinigung hätte sich auch unter deutsch-russischer Federführung vollzogen, zwar auf eine den USA weniger angenehme Weise, aber gleichwohl unaufhaltsam.<sup>54</sup>

Anders gesagt: Kurzfristig betrachtet, war die Rolle des Zufalls und der Akteure vor Ort tonangebend. Dies ist das zweite und für unsere Gegenwart relevanteste Ergebnis. Es zeigt, dass vereinfachende Vergleiche zwischen der Demokratisierung in Osteuropa und dem Nahen Osten nicht nur wegen der offensichtlichen geopolitischen Unterschiede problematisch sind. Die Demokratisierung am Ende des Kalten Krieges konnte bzw. kann nicht als Beleg für einen Top-down-Mechanismus des Wandels herangezogen werden, weder damals noch heute. Sie war vielmehr das Ergebnis einer Interaktion mit der Revolution von unten, die in den ostdeutschen Straßen und Wahlkabinen begann und sich in den Bemühungen westdeutscher Politiker fortsetzte, den halbsouveränen Besatzungsstatus zu beenden. Ohne die beiden Teile dieser Gleichung hätte das Problem der Teilung Europas nicht gelöst werden können. Dieses Narrativ zeigt die Komplexität der Interaktion zwi-

53 Telcon vom 20. März 1990, 8:31–8:59 Uhr EST und DESE-Dokument Nr. 224 (Anm. 4).

54 Robert L. Hutchings: *American Diplomacy and the End of the Cold War: An Insider's Account of US Policy in Europe, 1989–1992*, Washington, DC 1997, S. 90–92. (Dt. Ausg.: *Als der Kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht*, Berlin 1999).

schen innen- und außenpolitischen Entscheidungen. Im Vertrauen verwies Kohl immer wieder auf innenpolitische Überlegungen als einen Beweggrund für seine Entscheidungen. Interessen der westdeutschen Innenpolitik waren nicht immer ausschlaggebend – wie seinen Bemerkungen zur Währungsunion zu entnehmen ist –, aber sie waren in seinem Denken allgegenwärtig. Dies legt nahe, dass sowohl die Beziehungen zwischen den Staaten als auch das Zusammenwirken zwischen diesen Beziehungen und der Innenpolitik berücksichtigt werden müssen, um das Ende des Kalten Krieges zu erklären.

Drittens und letztens zeigt die vorliegende Analyse, dass die Vereinigung nicht einfach das Ergebnis von in Washington oder Moskau getroffenen Entscheidungen war. Dies stellt diejenigen geschichtswissenschaftlichen Konstruktionen des Endes des Kalten Krieges infrage, die Deutschland oder gar Europa lediglich als eine Art Schachbrett begreifen. Die Geschichte der US-Außenpolitik und der deutschen Vereinigung offenbart vielmehr, dass Ereignisse vor Ort, in Berlin und in Helmut Kohls Büro, ausschlaggebend waren. Diese beendeten nicht nur die Teilung Europas, sondern hatten auch (so Mark Kramer) deutliche Rückwirkungen auf die Sowjetunion. Die Historiker, die nun nach und nach Zugang zu den amerikanischen Quellen über die US-Außenbeziehungen erhalten, dem Gegenstück zum umfangreichen Bestand der hier zitierten europäischen Dokumente, sollten dies berücksichtigen.

*Aus dem Englischen von Diana Jahn*

